

Hochschulen im Umbruch

Die Hochschulen in Hamburg haben sich im Sommer 2011 aufgemacht, den „Kampf um die Zukunft“ zu führen. Sie fordern seither eine bedarfsgerechte öffentliche Finanzierung. Die Universität Hamburg hat diese Bewegung in einen Prozeß der Neubestimmung der gesellschaftlichen Rolle der Hochschulen umgewandelt: *„Die Universität wendet sich damit verstärkt ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für eine friedliche, demokratische, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zu. Forschung und Lehre sollen zum gestalten- den Eingreifen in die Gesellschaft ermutigen und einer global menschenwürdigen Zivilisation dienen.“* (Beschluß des Akademischen Senats der UHH vom 19.1.2012.)

Schäden, die notwendig zu heilen sind

Diese Entwicklung ist eine solidarische Reaktion auf das Desaster neoliberal deformierter Hochschulen. Unter privatwirtschaftlicher Hegemonie sind in den letzten zwanzig (und verschärft in den letzten zehn) Jahren Hochschulen zur Fabrikation von AbsolventInnen und „Innovationen“ im Unternehmerinteresse instrumentalisiert worden. Die Orientierung am allgemeinen Wohl wurde in Bildung und Wissenschaft zurückgedrängt. Der damit verbundene Entfremdungsdruck führt zu hohen Krankenständen bei der „Belegschaft“ und einer massiven Verbreitung psychischer und anderer Erkrankungen bei Studierenden.

In Hamburg ist dies insbesondere der Durchsetzung der „Leitlinien für die Hamburger Hochschulen“ des CDU/FDP/Schill-Senats geschuldet. Auf Basis eines „Gutachtens“ der sogenannten Dohnanyi-Kommission (unter Beteiligung von Bertelsmann, Schering, McKinsey und mit dem Wohlwollen der Handelskammer) wurde die Ausrichtung der Wissenschaften an den „Wirtschafts-Clustern“ der Hansestadt sowie der akademischen Ausbildung an mythisch prognostizierten „Arbeitsmarkterfordernissen“ verfolgt. Die Hochschulen sollten als Zentren aufgeklärter Opposition zum neokonservativen Rollback ausgeschaltet, zerschlagen, in Konkurrenz gesetzt und marktkonform zugerichtet werden.

Die Hochschulgesetzgebung wurde dazu am Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“ ausgerichtet, demokratische Mitbestimmung durch Managementstrukturen ersetzt, das Bologna-System den Hochschulen aufgezwungen, die Einheit von Lehre und Forschung zur Disposition gestellt, wurden Studiengebühren eingeführt und die Unterfinanzierung verschärft. Gleichzeitig gedieh ein unüberschaubarer pseudowissenschaftlicher Sektor privater Hochschulen, die sich den wachsenden gesellschaftlichen Bedarf an akademischer Qualifizierung zunutze machen.

Die Bedeutung der Hochschulen für eine humane Wendung der gesellschaftlichen Krise:

Friedenswissenschaft als Leitwissenschaft

Die Konter-Reform hat allerdings eine lebendige Opposition in den Hochschulen erfahren. Damit wurde eine Neuorientierung der Wissenschaftspolitik ermöglicht. Sie muß darin bestehen, die Hochschulen als demokratische Stätten der wissenschaftlichen Bildung, Weiterbildung und der sozial verantwortlichen Forschung zu rekonstruieren, denn so leisten sie unschätzbare Beiträge für die Humanisierung der Lebensverhältnisse in Hamburg und weit darüber hinaus. Dabei muß und kann auf reichhaltige progressive Errungenschaften aufgebaut werden:

Schon in den 2000er Jahren ist es gelungen, die Friedens- und die Klimawissenschaft entgegen dem imperialistischen Grundzug der internationalen Politik zu stärken.

Hinkünftig sollte anstelle der Standortkonkurrenz, mit der BWL als „Leid“-Wissenschaft, die Orientierung auf eine global menschenwürdige Entwicklung, mit der Friedensforschung als Leitwissenschaft, übergreifendes Ziel sein. In diesem Rahmen sind bedeutsame Ansätze zur progressiven Wende der Zivilisationskrise zu entfalten. Beispielhaft hierfür mögen sein: Für eine solidarische Urbanität inklusive der Hebung des architektonischen Erbes sozial-progressiver Zeiten sowie marktkritische und geschichtsbewußte Kulturproduktion wirken Kunstschaffende verschiedener Hochschulen. Sie ist insbesondere in der HfbK durch den Gebührenboykott und die Bewegung „Recht auf Stadt“ tradiert. Die Universität und die HAW arbeiten intensiv zur reformpädagogischen Schulentwicklung und Lehrerbildung, zur systematischen und interkulturellen Sprach-, Lehr-Lern- und Integrationsforschung sowie zur emanzipatorischen Sozialarbeit und Erwachsenenbildung. Ansätze, die dringend im Zusammenhang mit der Schulreform politisch aufgegriffen werden sollten. Forschungen für ein ökologisch nachhaltiges Mensch-Natur-Austauschverhältnisses in der Klima- und Energie-Wissenschaft. Kritik und soziale Alternativen zum neoklassischen Mainstream werden auch in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität wieder reflektiert. Gebrauchswertorientierte Ingenieurwissenschaften stehen dringend auf der Tagesordnung – z.B. für Sicherheit und Energieeffizienz in allen Fragen der Mobilität anstelle ihrer Auslieferung an den nicht nur zivilen EADS-Konzern. Präventive und sozial-verantwortliche Medizin anstelle hochtechnologisierter Menschenreparatur am Gängelband der Pharmakonzerne und Gerätehersteller muß am UKE rekonstruiert werden. Und schließlich ist die – zu erneuernde – Vielfalt der Geisteswissenschaften reich an Möglichkeiten der Völkerverständigung, zur Fundierung eines humanistischen Menschenbilds (anstelle der Doktrin des *homo oeconomicus*) und zur geschichtsbewußten Weltaneignung aller.

Solches Engagement an den Hochschulen fußt auf dem solidarischen Engagement vieler gegen den Totalitätsanspruch der profitablen Verwertung. Es resultiert aus einer sozial verantwortlichen Haltung und es enthält die Möglichkeit einer humanistischen Beantwortung der gegenwärtigen Krise. Um dieses Potential für Alle zu heben und zu entfalten, ist eine grundlegende Wende der Wissenschaftspolitik vonnöten.

Was ist zu tun?

- Die Leitlinien für die Hamburger Hochschulen müssen mit dem Ziel, Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung und Bildung mündiger Menschen zu ermöglichen, grundlegend überarbeitet werden.
- Die Studienplätze müssen ausgebaut werden. Die sozialen Bedingungen des Studierens sind (durch den Ausbau des Studierendenwerks, ein bedarfsgerechtes, elternunabhängiges BAföG, die Abschaffung des „Verwaltungskostenbeitrags“ etc. – alles auch für ältere Erwachsene) zu verbessern.
- Die besondere Förderung der Hochschuldidaktik ist zur Kompensation der G8-bedingten Schwierigkeiten und zur sinnvollen Entwicklung von Lehre und Studium in sozial und kulturell sehr heterogenen Hochschulen unbedingt erforderlich.
- Eine umfassende Demokratisierung der Hochschulen sollte zügig beginnen, damit durch ihre Mitglieder die Bevölkerung tendenziell mehr Einfluß auf den Inhalt von Bildung und Wissenschaft bekommt und der Einfluß der Arbeitgeberseite zurückgedrängt wird. Dies bedeutet insbesondere: Abschaffung der Hochschulräte, Aufwertung der Rechte der gewählten Gremien und der dezentralen Wissenschaftseinheiten in einer föderativen, demokratischen Kooperationsstruktur, echte Wahl der Lei-

tungsorgane, und außerdem: das politische Mandat für die Verfaßten Studierendenschaften.

- Demokratische Selbstverwaltung ersetze auch die normativen Verfahren der „Qualitätssicherung“ und der Akkreditierung in der Studiengangsentwicklung.
- Betriebswirtschaftliche Mechanismen (Kennzahlen, Ziel- und Leistungsvereinbarungen etc.) der staatlichen Hochschulsteuerung müssen überwunden werden, weil diese die Hochschulen in eine falsche Richtung (ökonomischer und quantifizierbarer Output statt humanistische, soziale Qualität) drängen. Eine inhaltliche Verständigung zwischen demokratisch selbstverwalteten Hochschulen und behördlicher Aufsicht auf parlamentarischer Grundlage ist zur angemessenen Verwirklichung der Wissenschaftsfreiheit erforderlich.
- Die strengen Vorgaben des Bologna-Prozesses müssen im HmbHG und durch Initiativen auf der Ebene der Kultusminister überwunden werden. Leitgedanke hierbei sollte die Bildung mündiger Menschen sein und nicht Kostenreduktion, Kontrolle, die flexible Einsetzbarkeit der AbsolventInnen auf dem Arbeitsmarkt sowie die Trennung in Masse und Elite. Der Master als Regelabschluß und die Beseitigung aller Restriktionen (Fristen-/Wiederholungsregelungen, Zwangsexmatrikulationen etc.) sind dafür mindestens erforderlich.
- Die Abhängigkeit von Drittmitteln mit marktförmigen Antragsverfahren sowie die Prekarität nahezu aller Beschäftigungsverhältnisse muß beseitigt werden. Sie machen die Beschäftigten kaputt und setzen die Wissenschaften einem Opportunitätsdruck aus, der im Widerspruch zum öffentlichen Auftrag der Hochschulen, zum Allgemeinwohl beizutragen, steht. Wahrheit und Humanität brauchen Wissenschaften, die frei sind von privatökonomischem Druck und staatlicher Gängelung.

Für all dies müssen die Hochschulen bedarfsgerecht öffentlich finanziert werden. Sie bedürfen mindestens 80 Millionen Euro mehr in der Grundzuweisung. *„Der starren Politik mit der Schuldenbremse steht der zivilisatorische Nutzen sozial offener Hochschulen, demokratischer Bildung und unabhängiger Forschung als Alternative gegenüber. Eine Ausgabensteigerung hierfür würde selbst dem wirtschaftlichen Erfordernis entsprechen, die gesellschaftliche Produktivität kulturell und materiell zu erhöhen. Und sie würde eine sozial und ökologisch verantwortliche Entwicklung der Ökonomie begünstigen und damit weiteren Krisen vorbeugen helfen.“* (Beschluß des Akademischen Senats der UHH vom 8. September 2011)

Staatliche Wissenschaftspolitik kann so einen wirksamen Beitrag leisten, eine humanistische Neuorientierung der Hochschulen für eine solidarische Gesellschaft zu befördern.